

Bündnis 90/ Die Grünen im Kreistag Schweinfurt

Walter Rachle
Flachsleite 56

97526 Sennfeld

01.07.2014

Herrn Landrat
Florian Töpfer
Schrammstraße 1

97421 Schweinfurt

Resolution für die Kreistagssitzung am Mi. 16.07.2014: Geordnete Stilllegung und Rückbau des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld sichern – die Kostenabwälzung auf die Allgemeinheit abwehren

Sehr geehrter Herr Landrat Töpfer,

im Namen der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen stelle ich den Antrag, nachfolgende Resolution an die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland durch den Kreistag am 16.07.2014 zu beschließen:

Zur Sicherstellung einer sicherheitsorientierten, risikominimierten Stilllegung mit nachfolgendem zuverlässigen Rückbau des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld und aller anderen deutschen Atomkraftwerke einschließlich einer gesicherten Entsorgung des vorhandenen und noch entstehenden Atommülls fordert der Kreistag des Landkreises Schweinfurt die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen:

- dass die steuerbegünstigten Rückstellungen der Energiekonzerne für den Abriss und die Entsorgung in einem angemessenen Zeitraum in einem öffentlich-rechtlichen Fonds zweckgebunden gesichert werden und
- dass die Konzerne gemäß dem gültigen Atomgesetz für ihre Kraftwerke bis zum vollendeten Rückbau mit Abschluss der Entsorgung in Haftung bleiben.

Das Angebot der Energiekonzerne, sich gegen die Bereitstellung der Rückstellungen in einem Fonds und unter Verzicht auf Schadenersatzforderungen von ihrer Verantwortung freizukaufen, ist von der Bundesregierung abzulehnen.

Begründung:

„Beim Bundesverfassungsgericht sind die vier großen Betreiber von Atomkraftwerken (AKW) in Deutschland gegen den Atomausstieg vorgegangen. Sie fühlen sich enteignet und fordern mehr als zehn Milliarden Euro an Entschädigung.

Diese vier großen AKW-Betreiber haben nun der deutschen Bundesregierung angeboten, ihre Klagen wegen entgangener Gewinne durch den Atomausstieg zurückzunehmen und ihre verbliebenen neun Reaktoren mitsamt ihren Pflicht-Rückstellungen für den AKW-Rückbau in eine Stiftung öffentlichen Rechts zu überführen, die dann alleine für AKW-Betrieb und -Rückbau verantwortlich wäre.

Der Vorschlag der AKW-Betreiber wälzt Kosten und Risiken des AKW-Rückbaus vom Verursacher auf den Steuerzahler ab. Die AKW-Betreiber haben Milliardengewinne mit dem Betrieb der AKW erzielt. Sie sind nach geltendem Recht zu sicherer Entsorgung und sicherem Rückbau verpflichtet, auch wenn der dafür nötige Betrag die Pflicht-Rückstellungen (36 Milliarden Euro) überschreiten sollte.

Fachpublikationen und auch der Vorschlag der AKW-Betreiber legen nahe, dass die Rückbaukosten diese Pflicht-Rückstellungen erheblich überschreiten werden.

Dies hätte zur Folge, dass die vorgeschlagene Stiftung öffentlichen Rechts mit dem Rückbau überfordert wäre, mit den Risiken von Kompromissen bei der Sicherheit des Rückbaus oder einer Verschiebung von Rückbaumaßnahmen. Dies würde wiederum Sicherheit und Gesundheit der Bürger von Landkreis und Stadt Schweinfurt möglicherweise Unterfranken (und die Bürger in der Umgebung anderer AKW's) akut und langfristig gefährden.

Mit der Bitte um Zustimmung!

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

KreisrätInnen:

Birgid Röder, Walter Rachle, Birgit Schmitt, Paul Knoblach, Udo Rumpel,

Thomas Vizl